

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1885

3.11.1885 (No. 259)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 3. November.

№ 259.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einschlagsgebühr: die gepaltene Petitionelle oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1885.

Amflicher Theil.

Durch Verfügungen des königlichen Kriegsministeriums vom 10. resp. 17. Oktober cr. ist Folgendes bestimmt worden:

Usländer, Rentant der Zahlungsstelle 14. Armeecorps, als Buchhalter zur General-Militärkasse versetzt.

Dörner, Kontrolleur, mit Wahrnehmung der Geschäfte der Rentantenstelle der gedachten Corps-Zahlungsstelle beauftragt.

Fiebach, Zahlmeister vom Füsilier-Bataillon 4. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 17, auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Nicht-Amflicher Theil.

Karlsruhe, den 2. November.

Die neugewählte französische Deputirtenkammer wird am Dienstag nächster Woche zum erstenmale zusammentreten und wenn sie erst bei der Arbeit sein wird, so dürfte sich auch von selbst jene Klärung der parlamentarischen Situation ergeben, die man gegenwärtig in Frankreich noch so schwer vermisst. Daß der Gedanke des Deputirten Votroy, die Republikaner aller Parteilichungen auf dem Boden eines gemeinsamen Programms zu sammeln und eine alle republikanischen Gruppen umfassende wirksame Parteiorganisation zu schaffen, gescheitert ist, kann nicht bestreitet werden. Bei der Unvereinbarkeit des opportunistischen mit dem radikalen Programm, bei der Verschiedenheit der politischen Anschauungen und Wünsche eines Brisson und eines Clemenceau war der Gedanke kaum lebensfähig. Eine feste, zuverlässige Regierungsmajorität, auf die es sich mit Sicherheit stützen kann, findet das Ministerium in der neuen Deputirtenkammer nicht vor und es ließe sich auch bei einer Neubildung des Ministeriums keine Regierung herstellen, die einer Majorität in der Kammer unbedingt sicher wäre. Insofern also ist die parlamentarische Lage allerdings eine schwierige. Daß aber von Fall zu Fall in allen denjenigen Fragen, welche für die Fortdauer der gegenwärtigen Staatsform in Frankreich wichtig sind, ein Theil der Radikalen mit den Opportunisten eine Majorität zu Wege bringen werde, ist wahrscheinlich. Es mag immerhin Radikale geben, deren Haß gegen den Opportunismus größer ist als ihr Haß gegen die Monarchie, aber es dürfte dies doch der kleinere Theil der radikalen Partei sein. In jedem Falle wird die Regierung sich genöthigt sehen, allen größeren Reformfragen, welche sofort zu einer Scheidung der Republikaner führen müßten, möglichst aus dem Wege zu gehen und eine Politik zu treiben, die nach beiden Seiten hin nicht gerade verlegt.

Nach dem für den Monat September d. J. ausgegebenen Monatsheft zur Statistik des Deutschen Reichs hat in den neun Monaten Januar bis September des Jahres 1885 die Ausfuhr von dichten Baumwollen-Waaren ab, dagegen die Ausfuhr von undichten Baumwollen-Waaren, baumwollenen Spitzen und Stickereien, also von feineren und werthvolleren Artikeln, ebenso die Ausfuhr von baumwollenen Strumpf- und Wollenswaren zugenommen. Die Zunahme der Ausfuhr dichter Baumwollen-Waaren beruht in der Hauptsache auf einer Abnahme der Ausfuhr dichter gefärbter oder bedruckter baumwollener Zeuge und Tücher. Bei Leinenwaaren tritt ein Sinken der Ausfuhr gefärbter Waaren, dagegen ein Steigen der Ausfuhr von reinem Damast zc. hervor, also gleichfalls eine Zunahme der Ausfuhr feinerer Artikel. Der Vergleich bei Seiden- und Halbselbstwaaren ist in Folge der Abänderungen des statistischen Waarenverzeichnisses nicht ganz zutreffend, die Minusdifferenz wird in Wirklichkeit geringer sein. Von Wollenswaren wurden etwas weniger bedruckte Tuch- und Zeugwaaren, dagegen mehr Strumpfwaren, Blüße, wollene Spitzen, Tulle und Stickereien ausgeführt. Es tritt demnach auch hier neben der Zunahme der Ausfuhr von Strumpfwaren eine Zunahme der Ausfuhr feinerer Artikel hervor. — Was die Ausfuhr von Eisen und Eisenwaaren betrifft, so wurden von Roh- und Bruch-eisen, Lappeneisen und Ingots 1,905,297 Doppelzentner gegen 2,196,240, von Eisenfabrikaten, mit Ausnahme von Maschinen und Maschinenteilen, 5,595,163 Doppelzentner gegen 5,718,214, und von Maschinen zc. 544,064 Doppelzentner gegen 6,409,381 ausgeführt. Unter den ausgeführten Maschinen zc. befanden sich 46,623 Doppelzentner Nähmaschinen.

Die Auswanderung Deutscher über deutsche Häfen und Antwerpen betrug in den neun Monaten Januar bis September dieses Jahres 88,180 Personen, d. i. 34,165 Personen weniger als in demselben vorjährigen Zeitraum, in welchem die Auswanderung über die bezeichneten Häfen 122,345 betrug.

Im „Schwäbischen Merkur“ finden wir betreffs des Staatsrechts der Bundesstaaten folgende Bemerkungen: In seinem kürzlich erschienenen Staatsrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft (in Marquardts Handbuch des öffentlichen Rechts) berechnet von Drelli die Zahl der Vertreter des schweizerischen Volks in seinen verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften zusammen auf 2848 Personen; dies ergibt einen Volksvertreter auf ungefähr 994 Seelen. Nach demselben Maßstab müßte Württemberg rund 2000 Volksvertreter besitzen. Ob das

erwünscht wäre, dürfte im wesentlichen Geschmackssache sein. So viel aber können wir der fraglichen Zahl für die Schweiz ohne weiteres und mit Sicherheit entnehmen, daß der Apparat der Staatsmaschine dort in seiner Art nicht weniger kompliziert ist als bei uns. Mit geschickter Hand weiß Drelli das wirre Durcheinander zu ordnen. Seine Darstellung des Staatsrechts der Schweiz und der einzelnen Kantone der Schweiz ist objektiv, anschaulich, nüchtern, aber eben deshalb besonders lobenswerth. Vorzüglich kommt ihm zu flatten, daß er erkannt hat, wie die Lehre von der Untheilbarkeit der Souveränität, ein Schooßkind einzelner deutscher Gelehrter und eine Theorie, welche ebenso unfruchtbar als erbitterter politischer Streit hervor-zutufen geeignet ist, in dem Bundesstaat ihre praktische Widerlegung findet. Das Verfassungsrecht eines Bundesstaats, von dem Standpunkt der Untheilbarkeit der Souveränität aus betrachtet, läßt sich nicht begreifen. Drelli sagt kurzweg, daß in der Schweiz die Souveränität zwischen der Bundesgewalt und den einzelnen Kantonen getheilt sei. Nicht anders ist es im Deutschen Reich, wie denn überhaupt das Drellische Werk wie das Staatsrecht der Vereinigten Staaten von Amerika von Professor von Holtz in Freiburg unter besonderem Interesse darum erregen, weil es sich um die Darstellung der zwei bedeutendsten Bundesstaaten der Gegenwart handelt, welche beide eine erheblich längere Geschichte hinter sich haben als der deutsche Bundesstaat. Wer übrigens den wenig systematischen Aufbau der deutschen Reichsverfassung beklagt, der wird sich überzeugen, daß auch bei unsern Nachbarn in der Schweiz wie in dem großen nordamerikanischen Bundesstaat die verfassungsmäßige Staatsordnung weit entfernt ist von der vorletzten Erfüllung irgend welcher staatsrechtlichen Schablone. Ueberall zeigt sich, daß der bundesstaatlichen Verfassung, politisch betrachtet, ein Kompromiß zu Grunde liegt, und daß die weitere Entwicklung derselben eben deshalb, vom politischen Standpunkt aus betrachtet, nur im Wege des Kompromisses erfolgt.

Der Deutsch-Nafrikanische Gesellschaft ist häufig die Absicht untergeschoben worden, als beabsichtige sie, ihre Gebiete in Ostafrika blindlings mit deutschen Ackerbauern anzufüllen. Entstanden ist dieser Vorwurf vermuthlich aus der Thatfache, daß die Gesellschaft für deutsche Kolonisation als einen ihrer Gesellschaftszwecke die „Hinterland der deutschen Auswanderung in geeignete deutsche Kolonien“ aufgestellt hat, und aus der Unkenntnis über das Verhältnis beider Gesellschaften. Die Deutsch-Nafrikanische Gesellschaft hat über die Frage, ob und wo in ihren Gebieten geeignete Verhältnisse für eine deutsche Auswanderung im großen Stil vorliegen, noch keine Entscheidung treffen können. Nach dieser Richtung sind die Voruntersuchungen noch längst nicht abgeschlossen; und vor allem ist die Gesellschaft durchaus noch nicht fest genug begründet in ihren Gebieten, als daß sie auch nur wünschen könnte, ihre Verantwortung durch die Veran-ziehung von Auswanderern nach zu vergrößern, welche — was gemeinlich übersehen wird — von irgend welchem Nutzen für die Gesellschaft auf eine ganze Reihe von Jahren, auch wenn sie noch so erfolgreich sind in ihren Unernehmungen, doch nicht sein werden.

Zunächst ist es gut, so schreibt mit Bezug auf dieses Thema die „Kolonialpolitische Korrespondenz“, über gewisse allgemeine Grundwahrheiten bei der Kolonisation neuer Gebiete von vornherein Klarheit zu schaffen, Wahrheiten, welche in England und Holland seit Jahrhunderten Jedermann kennt, über welche in Deutschland indes mancherlei verworrene Begriffe im Umlauf zu sein scheinen.

Zunächst scheint man bei uns sehr häufig zu vergessen, — wie dies am besten beurtheilt werden kann, wer tagtäglich Gelegenheit hat, die Anschauungen von Auswanderungslustigen kennen zu lernen — daß das Leben eines Pioniers in der Wildnis ein opfer-schweres in jeder Richtung ist. Die Gefahren des Lebens, denen derselbe drüben mehr ausgesetzt ist als hier, rechnen wir noch nicht einmal in erster Linie zu diesen Opfern. Schlimmer schon sind die Gefahren der Gesundheit, vor allem aber ist es das Entbehren aller jener kleinen Gewohnheiten der Kultur, das Aufgeben so mancher geistigen und sinnlichen Lebensgenüsse, welches gerade der erste Auswanderer in ein neues Gebiet so schwer zu empfinden hat. Was dies bedeutet, das läßt sich hier in Europa auch nicht einmal ahnen. Thatfache ist, daß ein schwächlicher Charakter ganz regelmäßig diesen Eindrücken erliegen wird. Zum Pionierthum in der Wildnis, mehr als zu irgend etwas anderem, gehört in erster Linie der volle moralische Muth und die stittliche Willenskraft des Mannes. Schwächlicher des Charakters werden meist rettungslos zu Grunde gehen auf diesem Vorposten-dienst, wenn sie nicht überhaupt die Flucht ergreifen.

Daneben erfordert der Pionierdienst in einer neuen Kolonie die ungetriebene Kraft eines jugendlichen Körpers, ebensowohl eine gewisse gäbe Muskelkraft, wie vor allem die Elastizität und Widerstandskraft gegenüber dem ganz ungewohnten und oft so gefährlichen Einwirkungen eines fremden Klimas. Die Geschichte aller Kolonier lehrt, daß ein Prozentsatz von Auswanderern gerade dem Mangel dieser Vorbedingungen erliegt. Ohne zu übertreiben, glauben wir annehmen zu dürfen, daß von allen denen, welche in unbesiedelte Gebiete auswandern, etwa 25 Prozent von vornherein dem Untergang geweiht sind. Eine männliche und respectable Nation wird sich freilich niemals durch diese Erwägung abhalten lassen, derartige nationale Aufgaben durch-zuführen. Wäre dies der Fall, so gäbe es heute weder ein eng-lisches Nordamerika, ein Britisch-Indien, ein holländisches Kolonialreich, noch auch ein emporsteigendes Australien und Süd-afrika. Wohl aber soll sich der Einzelne, bevor er hinausgeht, über den wahren Thatbestand im Klaren sein und sich die Frage vorlegen, ob er auch gewillt ist, ein derartiges Risiko zu über-nehmen. Wie überall, so liegt auch hier die eigentliche Gefahr in der Illusion.

In dritter Linie kommt es für die Auswanderung speziell in unsere Gebiete auf ein bestimmtes Betriebskapital an. Aus-wanderer ohne ein solches können in Tropenkolonien nirgends viel

anfangen, am wenigsten da, wo alle Vorbedingungen fehlen, um die eigene Arbeitskraft selbst zu entsprechendem Preise an den Mann zu bringen.

Es schien angebracht, diese Gesichtspunkte, welche die Deutsch-Nafrikanische Gesellschaft seit ihrer Begründung geleitet haben, noch einmal hervorzuheben. Sie gelten für die ganze erste Epoche der ansehnlichen Kolonisation in unseren Gebieten. Wer trotzdem sich entschließt, in dieselben auszuwandern, der thut es auf seine eigene Verantwortung.

Daß diese Verhältnisse mit der Zeit sich ändern werden, das liegt auf der Hand. Die Berichte aus Nafrika theilen mit, daß die Gesellschaftsstation in Usagara im erfreulichen Aufblühen begriffen ist. Da dies der Fall ist, so liegt gar keine Veranlassung vor, anzunehmen, daß mit der Zeit nicht auch Einzelne sich ähnliche landwirtschaftliche Anstellungen dort begründen können. Rentabel werden solche freilich erst sein, wenn irgendwelche billige Transportwege in der Kolonie geschaffen sein werden.

Man sieht, in jeder Richtung ist es ernste Arbeit, welche einer kolonialisatorischen Nation wartet. Ein Volk, welches sich durch diese Aussicht abhalten lassen würde, derartige Unernehmungen zu betreiben, würde den Wettbewerb mit der Fremde hierdurch aufgeben. Mag die koloniale Arbeit eine schwierige und ernste sein, so ist sie zu allen Zeiten noch immer sehr rentabel gewesen, und alle die großen Völker der Geschichte von den Phöniziern, Griechen und Römern an, bis zu den Holländern und Engländern unserer Tage hin, haben gerade in kolonialen Unernehmungen ihre nationale Kraft gestählt und materielle Kraft aus ihnen ge-schöpft.

Deutschland.

* Berlin, 1. Nov. Seine Majestät der Kaiser hat gestern der Jagd auf Roth- und Damwild in der Schorf-haube beigewohnt und ist mit den Fürstlichen Jagdgästen Abends wohlbehalten hierher zurückgekehrt. — Es heißt, Fürst Bismarck werde seinen Aufenthalt in Friedrichsruhe vielleicht über die Eröffnung des Reichstags hinaus verlängern, in welchem Falle Staatssekretär v. Bötticher den Reichstag eröffnen würde. — Die Krankheit des Chefs der Admiralität, Generalleutnant v. Caprivi, hat sich jetzt so weit gebessert, daß derselbe in einigen Tagen das Bett verlassen können. Das Allgemeinbefinden des Herrn v. Caprivi ist sehr befriedigend. — Der bisherige Unterstaatssekretär im türkischen Ministerium für Handel und Ackerbau, Frhr. v. Nordenskjöld, welcher aus dem türkischen Dienst ausgeschieden, ist bereits in Berlin eingetroffen und tritt wieder in deutsche Dienste zurück; derselbe wird als deutscher Konsul nach Chicago gehen.

— Der Etat über den allgemeinen Pensionsfond für das Etatsjahr 1886/87 veranschlagt die Gesamtausgabe auf 21,850,075 M., um 442,428 M. mehr gegen den laufenden Etat. Davon entfallen auf die Verwaltung des Reichsheeres 20,658,470 M., um 358,842 M. mehr gegen den laufenden Etat. Preußen beansprucht hierbei 18,716,700 M., d. h. ein Mehr von 290,000 M. Dieses Plus wird herbeigeführt einmal bei dem Titel: Pensionen und Pensionszulagen für Soldaten vom Oberfeuerwerker, Feldwebel und Wachtmeister einschließlich abwärts, sowie zur Abfindung forstverorgungsberechtigter Jäger, welche auf die Versorgung im Fortdienst verzichtet haben, welcher Titel mit 4,580,000 M., d. h. einem Mehr von 150,000 Mark angelegt ist. Zur näheren Erläuterung der Steigerung dient die Thatfache, daß in der Zeit vom Juli 1884 bis Ende Juni 1885 sich der Pensionsstand wiederum, und zwar um 120,965 M. erhöht hat, so daß gegen den Etat für 1885/86 auf den angelegten Mehrbedarf von etwa 150,000 M. zu rechnen sein wird. Ferner kommen die mit 12,980,000 M. angelegten Pensionen und Pensionserhöhungen für Offiziere, Aerzte und Beamte aller Grade in Betracht, welche ein Mehr von 140,000 M. erheischen. Zur näheren Erläuterung der Steigerung dient die Thatfache, daß in der Zeit vom Juli 1884 bis Ende Juni 1885 sich der Pensionsstand wiederum, und zwar um 254,884 M. erhöht hat, so daß gegen den Etat für 1885/86 der Mehrbedarf für 1886/87 auf mindestens 140,000 M. angenommen werden mußte. Bei Sachsen beläuft sich die Summe auf 1,086,600 M., gegen den laufenden Etat 51,652 M. mehr; bei Württemberg ist die Summe 855,170 M., gegen den laufenden Etat 17,190 M. mehr. Derselben Verhältnisse, wie in Preußen, haben auch bei diesen Staaten zur Steigerung beigetragen. Die Marineverwaltung erfordert 629,705 M., gegen den laufenden Etat 33,036 M. mehr; die Civilverwaltung endlich 561,900 M., gegen den laufenden Etat 50,550 M. mehr.

— Wir haben schon berichtet, daß im Reichsetat für das nächste Jahr zu Unterstützungen für die Deutsche Kunstgenossenschaft 20,000 M. ausgesetzt worden sind. Folgendes ist der Sachverhalt: Der Hauptvorstand der Allgemeinen deutschen Kunstgenossenschaft in Düsseldorf, unterstützt von den Lokalvorständen in Berlin, Dresden, München, Stuttgart, Karlsruhe, Weimar, Frankfurt a. M., Leipzig, Nürnberg, Darmstadt, Braunschweig, Hamburg, Hannover, Königsberg, Kassel, Breslau, Genua, Magdeburg, Münster, hatte die Bitte um eine solche Zuwendung ausgesprochen und dieselbe damit begründet, daß erfahrungsmäßig eine würdige Beteiligung der deutschen Kunst an den

Ausstellungen des Auslandes nicht nur der Künstlerkraft, sondern mittelbar auch dem nationalen Wohlstand überhaupt und dem Ansehen Deutschlands im Auslande zum Vorteil gereicht, daß es dem Reich wohl anstehe, für eine angemessene Vertretung der nationalen Kunstinteressen im Auslande seine Hilfe zu gewähren, daß trotz der Unterstützung, welche das Reich und einzelne Bundesstaaten gelegentlich für die Beteiligung der Kunst an ausländischen Ausstellungen bewilligt haben, sowohl die Kunstgenossenschaften wie auch einzelne Künstler noch beträchtliche Opfer für den gleichen Zweck haben bringen müssen, daß solches aber auf die Dauer nicht verlangt werden könne. In Anerkennung der dargelegten Gründe und mit Rücksicht darauf, daß schon bisher wiederholte und zum Theil erhebliche Zuwendungen aus Reichsmitteln behufs Beteiligung der deutschen Kunst an internationalen Ausstellungen des Auslandes gewährt sind, daß damit auch das Bedürfnis einer Reichsunterstützung für Unternehmungen der fraglichen Art anerkannt worden, ist dieser Betrag in den Etat eingestellt.

In Folge des seit längerer Zeit andauernden günstigen Standes des Wechselkurses auf London sind seit Wochen erhebliche Goldsendungen aus England nach Deutschland gekommen. Auch finden zur Zeit auf den deutschen Münzstätten außer der im Frühjahr vom Bundesrathe beschlossenen Ausprägung von Einmarkstücken und Einpfennigstücken wiederum Ausprägungen von Doppelkronen statt.

Der Kommandeur der 4. Division in Bromberg, Generalleutnant v. Radcke, der im vorigen Jahre auf dem Exercierplatze durch eine Prellkugel erheblich verwundet worden war und seit der Zeit sich nicht vollständig erholt hat, ist auf seinen Antrag derabschiedet worden.

Kiel, 31. Okt. Der Kronprinz von Schweden ist heute hier eingetroffen und wurde auf dem Bahnhofe vom Prinzen Heinrich von Preußen empfangen. Heute Nachmittag findet eine Besichtigung der Werfte statt; Abends erfolgt die Weiterreise des Kronprinzen nach Stockholm.

Braunschweig, 31. Okt. In der heutigen Sitzung des Landtags wurde der Etat der Hof-Staatskasse (Civilliste) für die Zeit vom 18. Oktober 1884 bis 1. November 1885 vorgelegt. Der Etat, woraus der Regenschaftrath gemäß des Regenschaftrathesgesetz die laufenden Verpflichtungen deckt, weist eine Einnahme von 834,366, eine Ausgabe von 703,268, einen Ueberschuß von 131,098 Mark auf. Das Staatsministerium schlug vor, aus dem Ueberschuß einen Fonds von 60,000 M. zur Verwendung bei Pensionierungen und zur Unterstützung der jetzigen Hofdienerschaft zu bilden. Dieser Fonds soll dem Prinzen Albrecht zur Verfügung gestellt werden. Der Rest von 71,098 M. soll der Hof-Staatskasse für nötige bauliche Veränderungen u. s. w. überwiesen werden. Diese Anträge gelangten zur Annahme. Präsident v. Bethlem theilte mit, daß Prinz Albrecht am Montag um 12^{1/2} Uhr eintreffen wird.

Darmstadt, 31. Okt. Der Großherzog empfing heute Abend in besonderer Audienz den preussischen Gesandten am hiesigen Hofe, v. Eisenbecher, welcher bisher interimistisch auch die hiesigen Gesandtschaftsgeschäfte leitete. Der Gesandte überreichte sein Abberufungsschreiben und wurde sodann zur großherzoglichen Tafel gezogen, an welcher auch die Spitzen der Civil- und Militärbehörden und die Großherzoglichen Hofstaaten theilnahmen.

München, 31. Okt. In der Abgeordnetenkammer brachte Frhr. v. Soden den Antrag auf Errichtung einer staatlich geleiteten Mobiliar-Brandversicherung ein. Das Gesetz soll auch auf die Pfalz ausgedehnt werden.

Strasbourg, 1. Nov. Die Ankunft des Statthalters Fürsten von Hohenlohe ist nunmehr auf Donnerstag Mittag festgesetzt. Am Abend desselben Tages finden die Duationen statt, welche die hiesigen Vereine in Gestalt eines Lampenzuges und einer Serenade vorbereitet haben, am Freitag Mittag eine festliche Auffahrt der Studentenschaft, welche sehr glänzend zu werden verspricht und an welche sich Abends ein solenner Kommerz schließt. Die Spitzen der Civil- und Militärbehörden haben ihre Erscheinen auf dem Kommerz bereits zugesagt und man hofft auf demselben auch den Statthalter selbst zu sehen. Im Palais des Statthalters ist in den letzten Wochen sehr fleißig gearbeitet und sind umfangreiche Reparaturen und Veränderungen vorgenommen worden. — Der Landesauschuß wird diesmal seine Session wohl erst im Anfang des nächsten Jahres beginnen, da im Innern des Landesauschuß-Gebäudes die Einführung der elektrischen Beleuchtung nicht vor Ende des laufenden Jahres wird fertig gestellt werden können. Es hilft diese Neuerung einem tiefgefühlten Bedürfnisse ab, denn die Hitze im Sitzungssaale steigerte sich bei länger ausgehnuten Debatten oft bis zur Unerträglichkeit; das milde elektrische Licht wird seine besänftigende Wirkung auch auf die Heißsporne unter unsern Volksvertretern nicht verfehlen. Die Zusammensetzung des Hauses wird übrigens, trotz der demnächst stattfindenden Neuwahlen für die kleinere Hälfte der Mitglieder, jedenfalls fast vollständig dieselbe sein, wie in der letzten Session, da vermuthlich alle ausscheidenden Mitglieder wieder gewählt werden. Von auch außerhalb unserer Landesgrenzen bekannteren Namen gehören zu den Ausscheidenden: Baron Hugo Zorn v. Sulach und Pfarrer Winterer, beide zugleich Reichstags-Abgeordnete, ferner Baron Charpentier und Baron v. Reinach, die in Strasbourg ansässigen Abgeordneten Bankdirektor North und Apotheker Klein (Mitglied des Staatsraths), endlich auch Weinhändler Neumann in Metz. Wie aus Metz berichtet wird, sieht man daselbst die Wiederwahl Neumann's als durchaus gesichert an.

Desterreich-Ungarn.

Wien, 1. Nov. Graf Kalnoky, der Minister des Auswärtigen, hat in den Delegationen ein ganzes Bouquet von Anfragen zu beantworten gehabt. In der Ungarischen Delegation bezeichnete Graf Kalnoky die Beziehungen Desterreich-Ungarns zu Deutschland und beider zu Rußland als unverändert. Das Verhältnis zu Deutschland beruhe auf Grundlagen, welche durch In-

cidenzfälle nicht erschütterbar seien. Zwischen Desterreich-Ungarn und Rußland bestehen keine anderen als die gemeinen internationalen Verträge. Die faktische Vereinigung Bulgariens und Ostrumeliens bestehe nicht. Das Fait accompli werde keinesfalls anerkannt, noch sei die Anerkennung beabsichtigt. Der ganze Zustand sei ungelöst und fehle daher jeder Vorwand zu Gebietskompensationen für andere Staaten. Der Minister lehnte die Verantwortung der auf die Konferenz bezüglichen Fragen ab. Die Einladung zur Konferenz sei im Sinne der Beschränkung auf die ostrumelische Frage erlassen und angenommen worden. Desterreich-Ungarn verließ den Interessen Serbiens keinen Schutz, falls dasselbe vor Schluß der Konferenz einen Schritt zur Okkupation thue. Der Minister sagt, er wolle nicht behaupten, daß das ostrumelische Statut nicht einer Verbesserung fähig sei, und betonte schließlich die Nothwendigkeit, eben jetzt den sehr befriedigenden und vertrauensvollen Beziehungen zu Rußland einen für alle Fälle gesicherten und fest begründeten Charakter zu geben. — In der gestrigen Sitzung des ungarischen Delegationsauschusses für auswärtige Angelegenheiten antwortete Graf Kalnoky auf die Frage des Delegirten Gall in Betreff der deutschen Follerhöhung, ob kein besseres Zollverhältnis zu Deutschland zu erhoffen sei, Folgendes: Es seien diesbezüglich offizielle Schritte bei der deutschen Regierung deshalb nicht gethan worden, weil ein Erfolg jetzt nicht zu erwarten stand. Die deutsche Follerhöhung wurde im Reichstage nach vielfährigen vergeblichen Anstrengungen erst in diesem Jahre durchgesetzt, es konnte daher nicht vorausgesetzt werden, daß die deutsche Regierung ein so mühevoll und mit so vielen Schwierigkeiten erreichtes Resultat sobald wieder fallen lassen werde, welches dem Staatschaß auch eine beträchtliche Einnahme sichere. Demnach habe in dieser Angelegenheit ein vertraulicher Meinungsaustausch stattgefunden, wobei sich herausstellte, daß vorläufig noch so große Schwierigkeiten zu überwinden seien, daß von einem Eintreten in Verhandlungen kein Erfolg zu erwarten sei. Somit erübrige nichts, als die praktischen Resultate der deutschen Follerhöhungen abzuwarten. Unzweifelhaft werde ein Zeitpunkt kommen, wo man diese Frage unter günstigeren Verhältnissen wieder aufnehmen könne, denn es sei beiderseits konstatiert worden, daß der Wunsch nach wirtschaftlicher Einigung auf beiden Seiten im Prinzip noch immer fortbestehe. — Die Eröffnung der internationalen Konferenz zur Gewinnung eines einheitlichen musikalischen Normaltones ist auf den 16. November festgesetzt. Die Beteiligung des Auslandes ist sehr zahlreich.

Das Budget der Stadt Wien bezieht sich auf Einnahmen im Betrage von 6,323,400 Gulden, betragen die Ausgaben die 17,395,380 fl. Das Erforderniß von 11,071,980 fl. soll gedeckt werden durch den Kassareis, Zinksteuer, Schulksteuer, Einquartierungsumlage, ferner den Zuschlag zur Haussteuer, Grundsteuer, Erwerbsteuer und Einkommensteuer. Diese Auflagen würden einen Ertrag von 11,082,350 fl. ergeben, so daß ein Ueberschuß von 10,000 fl. entstände. Das ist aber nur scheinbar, denn unter den Einnahmeposten befindet sich der Betrag von 2,450,000 fl. für veräußerte Wertpapiere, so daß die Stadt in Wahrheit vor einem Defizit von nahezu zwei Millionen Gulden steht.

Frankreich.

Paris, 1. Nov. Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Dekret, durch welches die Deputirtenkammer zum 10. November einberufen wird. — Die Königin von Dänemark hat heute Morgen die Rückreise nach Kopenhagen angetreten. — Der Mann, welcher das Attentat auf den Minister Freycinet verübte, ist ein Korse Namens Mariotti; derselbe gibt als Grund des Attentats an: Er sei im Jahr 1880 bei den Arbeiten für den Panamalanal beschäftigt gewesen, dort sei seine Tochter durch einen Agenten der Kompanie entehrt worden und infolge der Gewaltthätigkeiten gestorben. Er sei deshalb verzwweifelt nach Frankreich zurückgekehrt, habe hier aber vergebens gerichtliche Hilfe verlangt. Infolge dessen habe er durch einen Gewaltstreich die Aufmerksamkeit auf sich lenken, aber den Minister Freycinet nicht tödten wollen, er habe deshalb den Revolver nur gegen den Boden und nicht gegen den Minister gerichtet abgefeuert. Die Wichtigkeit der von Mariotti in Bezug auf seine Tochter gemachten Angaben ist von der Panamalanal-Gesellschaft bestätigt worden. Wie verlautet, beabsichtige Freycinet, die Freilassung Mariotti's in Rücksicht auf das Schicksal seiner Tochter zu beantragen. — Die Winkonferenz einigte sich gestern über alle Fragen mit Ausnahme der Bedingungen für die eventuelle Wiederaufnahme der freien Prägung von Silberthalern. Die Delegirten der Schweiz und Italiens beantragten von Neuem, die Meinung der betreffenden Regierungen einzuholen. Die Konferenz wird morgen wiederum zusammentreten. — Freycinet empfing eine Armenierdeputation, welche bat, daß, falls die Konferenz den Rahmen ihrer Beratungen erweitere, die Großmächte die Wünsche Armeniens in Betracht ziehen möchten. Freycinet bekundete Sympathien für Armenien, fügte jedoch hinzu, er glaube nicht, daß die Mächte geneigt wären, über die rumelische Frage hinauszugehen. — „Voltaire“ glaubt, das Okkupationscorps in Tonkin werde bis auf 12,000 Mann reduziert und dürste mit einem Corps von 32,000 anamitischen Rekruten genügen, die Ruhe des Deltas, des Rothen Flusses und Yunnan's zu sichern. Die französischen Streitkräfte auf Madagaskar würden nur an den für den Handel wichtigen Punkten konzentriert, so besonders in Tamatave, Majunta und Diego Suarez.

Die am 24. und 28. Oktober veröffentlichten Rangerehöhungen in der französischen Armee geben den Blättern Anlaß zu Betrachtungen über die Panamsamkeit des militärischen Avancements. Als man sich auf Grund der 1870/71 gemachten Erfahrungen zu einer durchgreifenden Reorganisation des stehenden Heeres entschloß, gestaltete sich das Avancementsverhältnis des französischen Offiziercorps über die Massen günstig. Seitdem ist der unvermeidliche Rückschlag eingetreten; derselbe macht sich von Jahr zu Jahr stärker fühlbar und ist

gegenwärtig zu einer Intensität gelangt, welche den leitenden militärischen Kreisen ernstliche Sorge verursacht. Namentlich in den Infanteriecadres tritt die Erscheinung hervor, daß vom Hauptmann, ja vom Premierlieutenant aufwärts der weitaus überwiegende Prozentsatz der Offiziere für die resp. Charae zu alt ist. Unter den gemachten Abhilfevorschlägen figurirt in erster Reihe das Projekt, welches binnen kurzem den Kammern unterbreitet werden soll und die Altersgrenze des aktiven Dienstes in der Linie auf 25 Jahre herabsetzt. Noch weiter gehen diejenigen, welche das System einer schon nach 20 Dienstjahren beginnenden proportionalen und fakultativen Ausscheidung aus dem aktiven Dienstverhältnis befürworten mit dem Hinzufügen, daß dieser Modus noch den Vortheil gewähren werde, daß man für die kassenden und zur Zeit unausfüllbaren Lücken im Offiziercorps der Territorialarmee auf diese Weise kriegsfähige Cadres schaffen werde.

Schweden.

Bern, 31. Okt. Die Vorarbeiten für das Alkohol-Gesetz, welches in Folge der Volksabstimmung vom letzten Sonntag nun von Bundeswegen zu erlassen ist, sind bereits so weit gediehen, daß es mitmahlich den Råthen schon in einer außerordentlichen Sitzung oder kurzen Session zur Berathung vorgelegt werden wird. Dasselbe wird den aus dem Auslande kommenden Sprit mit einer Steuer von 50 Centimes für das Liter belegen (was bei einer Einfuhr von 10 Millionen Liter eine Einnahme von 5 Millionen Franken ausmachen würde), während die Gebühren für inländischen Sprit nur auf 1 Million Franken veranschlagt sein sollen. Der Bundesrath beråth auch schon den Gesetzentwurf über die allgemein durchzuführenden Maßregeln gegen gemeingefährliche Epidemien.

Italien.

Rom, 31. Okt. In der Provinz Palermo erkrankten an der Cholera 31 und starben 21 Personen, davon in der Stadt 17 resp. 13, in der Provinz Trapani erkrankten 5 Personen.

Spanien.

Madrid, 31. Okt. Der Admiral Topete ist gestorben.

Großbritannien.

London, 2. Nov. (Tel.) Der „Standard“ meldet aus Athen, Griechenland beantwortete die Mittheilung der Mächte ähnlich wie Serbien, mit dem Hinzufügen, es könne die Dinge nicht als geordnet und gesichert betrachten, so lange nicht Griechenland die durch den Berliner Vertrag ihm zugesicherte Grenzlinie im Epirus besitze.

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Okt. Zum Führer der neu errichteten Gendarmerietruppe ist der Oberst der Reiterei, E. v. Freiesleben ernannt, der die Mannschaften anzuwerben hat. Die Regierung gehe mit großer Entschiedenheit vor, um den aufässigen Geist im Lande zu bannen. Der Morbversuch auf den Minister Estrup hat vielen Leuten der Linken die Augen geöffnet für den Abgrund, dem die Partei zuzusteuere. Eine ernste Spaltung der Volksthegime Mehrheit steht bevor.

Rußland.

St. Petersburg, 1. Nov. Dem „Grashdanin“ zufolge wird der Minister des Innern, Graf Tolstoy, die Leitung des Ministeriums erst in dieser Woche wieder übernehmen. Sein Aussehen erscheint rüstiger und gesünder als früher. — In dem bei dem Bezirksgerichte in Moskau am 29. Oktober begonnenen und gestern beendeten Prozesse gegen das Ehepaar Nadeshdin, welches wegen gewinn-süchtiger Brandstiftung an dem Hause Chotkewitz am 23. März d. J., wobei 22 Menschen um's Leben kamen, angeklagt war, haben die Geschworenen Nadeshdin für schuldig erkannt, während sie die Frau freisprachen. Nadeshdin wurde sodann zu zwölfjähriger Zwangsarbeit verurtheilt. — Das „Journal de St. Petersburg“ sagt: Angesichts der seltsamen Polemik zwischen Sofia und Belgrad sei es von Dringlichkeit, daß die autorisirte Stimme Europa's sich vor dem Ausbruch eines blutigen Konflikts vernehmen lasse, der ein Schimpf für die Menschheit sein würde und dessen Urheber sich gegenseitig die Verantwortlichkeit zuschieben würden, ohne in der Lage zu sein, die Folgen allein zu tragen. Das Journal tritt der Meinung des „Pester Lloyd“ bei, welcher die Konferenz beschwört, sich ohne Verzug an die Arbeit zu machen. Die Wiederherstellung des status quo ante sei um so nothwendiger, als Fürst Alexander sein Versprechen nicht gehalten habe und durch seine Handlungen bezwecke, die Union definitiv zu machen, indem er den Bevölkerungen den wahren Zustand der Dinge verberge und das Land terrorisire.

Serbien.

Risik, 1. Nov. Der neuernannte türkische Gesandte Tia Bey trifft heute hier ein, um sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen.

Türkei.

Konstantinopel, 1. Nov. Der Minister des Außern, Said Pascha, ist zum Vertreter der Porte auf der Konferenz ernannt worden. — Der türkische General Röhler Pascha ist an der Kopfrose schwer erkrankt. Seine Angehörigen in Halle sind hierher abgereist.

Die Transportschiffe des österreichisch-ungarischen Lloyd haben bisher 40,000 Mann, hauptsächlich aus Swirna und Rudania, befördert und sind immer noch durch Truppen-transporte in Anspruch genommen. Auch vom Rothen Meere, insbesondere aus Kerassunde, werden andauernd Rekruten herangezogen und hauptsächlich zum Erlaße der nach Macebonien angeworbenen besseren Truppen nach Kreta dirigiert. Die Rekruten theilweise durch den Transport sehr gelitten. Man erwartet Freiwillige aus Circassien und Albanien. Die Stärke der türkischen Truppenaufstellungen dürfte in einigen Tagen 170,000—180,000 Mann betragen.

Ägypten.

Kairo, 31. Okt. Heute Vormittag fand im Abdinpalaste der feierliche Empfang Drummond Wolff's

Preußische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Convertirung

4 $\frac{1}{2}$ %iger zum Nennwerth rückzahlbarer Pfandbriefe

Preußischen Central-Bodencredit-Actiengesellschaft

von 1879

in 4%ige Pfandbriefe.

Nach Verständigung mit den betreffenden Darlehnsnehmern werden die sämtlichen noch im Umlaufe befindlichen 4 $\frac{1}{2}$ prozentigen zum Nennwerth rückzahlbaren Pfandbriefe (Emission 1879), im gegenwärtigen Betrage von 7168100 M., behufs Rückzahlung am 1. Juli 1886 zur Auslösung gebracht werden.

Zuvor bieten wir hiermit die Convertirung dieser Pfandbriefe in 4procentige Stücke unter folgenden Bedingungen an:

1. Die Convertirung erfolgt in der Zeit

vom 26. October bis einschließlich 11. November 1885

in Berlin bei der unterzeichneten Direction,

" " Direction der Disconto-Gesellschaft,

" " Herrn S. Bleichroeder,

in **Frankfurt a. M.** bei den Herren **M. A. von Rothschild & Söhne,**

in **Cöln** bei den Herren **Sal. Oppenheim jun. & Co.**

und zwar bei jeder Stelle in den bei derselben üblichen Geschäftsstunden.

2. An Stelle der zur Convertirung angemeldeten Stücke werden 4procentige Pfandbriefe der durch Subscription im Februar 1885 begonnenen Emission 1885 ausgegeben.

3. Die zur Convertirung gelangenden 4 $\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefe müssen mit Coupons über die vom 1. Januar 1886 ab laufenden Zinsen nebst Talons eingeliefert werden, während der halbjährige Coupon über die Zinsen bis 1. Januar 1886 zurückbehalten wird.

Der Inhaber erhält den gleichen Nennwerth 4procentiger Pfandbriefe mit Coupons über die vom 1. Januar 1886 ab laufenden Zinsen nebst sofortiger baarer Zuzahlung von $\frac{1}{4}$ pCt. für die Differenz der Stückzinsen vom 1. Januar bis 1. Juli 1886.

Bei der Einlieferung der 4 $\frac{1}{2}$ procent. Pfandbriefe muß der Betrag der etwa fehlenden, nach dem 1./2. Januar fällig werdenden Coupons baar beigefügt werden.

4. Gegen die zur Convertirung eingelieferten Pfandbriefe werden in kürzester Frist 4procentige Central-Pfandbriefe von entsprechendem Betrage ausgehändigt, wobei vorbehalten bleibt, gegen ein Stück über 3000 Mark drei neue Pfandbriefe über 1000 Mark zu geben. Etwaige Wünsche, Pfandbriefe über 5000 Mark zu empfangen, sind bei Einreichung der zu convertirenden Stücke zum Ausdruck zu bringen und werden dieselben thunlichst berücksichtigt werden.

5. Den 4 $\frac{1}{2}$ procentigen Pfandbriefen, welche zur Convertirung eingereicht werden, ist ein doppeltes, mit deutlicher Namens-Unterschrift und genauer Wohnungsangabe des Einsenders versehenes, nach Littera und Nummern geordnetes Verzeichniß beizufügen.

Formulare hierzu können bei den unter No. 1 genannten Stellen kostenfrei in Empfang genommen werden.

6. Die Pfandbriefe können behufs der Anmeldung jeder der unter No. 1 genannten Stellen mit der Post eingesandt werden und erfolgt die Gegenleistung unter voller Werthangabe. Das Porto für die Einsendung und Rücksendung sowie etwaige Stempel trägt die Preußische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Berlin, den 22. October 1885.

Preußische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Die Direction:

Dr. Jacobi. Bossart. Klingemann.

R. 941. 2.

Basler Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.
D. 818.10. (H 2464 Q)

Ernst Arheidt, General-Agent in **Karlsruhe**, Bismarckstraße 33 a.
Joh. Pfaffenmeier, Agent in **Bretten**; **Jakob Bollweiler**, Agent in **Eppingen**;
Karl Leonb. Mannberg in **Sulzfeld**; **Karl Friedr. Lang** in **Gemmingen**.

RICHT MIT MARKE

Liebe's Malzextract und dergl. **Bonbons** sind in Wohlgeschmack, Bekömmlichkeit, zuverläss. Wirkung b. Husten, Heiserkeit, Brustleiden unerreicht. Gleichbewährt sind „**Liebe's**“
Chinin-Malzextract kräftigend im Alter, in der Genesung, bei Nervenleiden, Schwäche, Appetitlosigkeit.
Eisen-Malzextract bei Bleichsucht, Blutarth, leicht verdaulich auch für Kinder geeignet. R. 715.3.
Kalk-Malzextract bei Knochenleiden, Skropheln u. Schwindsucht, ferner bei Entwicklung neuer Organismen.
Man verlange ausdrücklich: „**Präparat von J. Paul Liebe-Dresden**“.

IN DEN APOTHEKEN

Karlstraße. — Ludwigplatz.
Theater Wallenda.
Täglich während der Messe
2 große Vorstellungen,
Nachmittags 4 und Abends 8 Uhr.
Hochachtungsvoll
J. A. Wallenda.
S. 592.1.

Verichtigung.
S. 579. Nr. 16.980. **Billingen.**
In dem Ausschreiben vom 26. v. M., Nr. 16.876, **Karlsruher Zeitung** Nr. 257 und Beilage zu Nr. 258, soll der Name des Beklagten statt **Karl Anderer** von **Billingen** „**Karl Anderes**“ heißen, was hiermit berichtigt wird.
Billingen, den 1. November 1885.
Die Gerichtsschreiberei
des Großh. bad. Amtsgerichts.
Suber.

T. 132. Nr. 6993. Illenan.
Offene Gehilfenstelle.
Durch Beförderung unseres Verwaltungsgehilfen ist dessen Stelle baldmöglichst anderweitig zu besetzen.
Anfangsgehalt jährlich baar 500 M. nebst freier Station (Wohnung, Kost, Licht, Heizung, Wäsche etc.).
Bei genügender Leistung kann eine entsprechende jährliche Remuneration, sowie Erhöhung des Gehaltes in Aussicht gestellt werden.
Berechtigte Bewerber, vorzugsweise aus der Zahl der Finanzgehilfen, wollen ihre Gesuche unter Anschlag ihrer Zeugnisse binnen 8 Tagen bei uns einreichen.
Illenan, den 31. October 1885.
Großh. Direction
der Heil- und Pflanzanstalt.
Gerat. Harter.

Berm. Bekanntmachungen.
T. 22. **Karlsruhe.**
Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.
Zum direkten deutsch-italienischen Güterverkehr via **Gottshard** werden mit sofortiger Wirkung „**Eisenbahn**, rohe, d. h. groß profilirte, nicht fertige“ zu den in dem deutsch-italienischen Gütertarife **Teil III** und **IV** enthaltenen Schnittsätzen nördlich und südlich vom **Chiasso** und **Pino** des Ausnahmefarifs 19a und 19b bezw. der italienischen Kategorie 7 abgefertigt.
Karlsruhe, den 31. October 1885.
General-Direction.
(Mit einer Beilage.)